

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Europäische Gemeinschaft - Bildungspolitik - Welternährungsrat - Maghreb-Staaten - Weltbank

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Europäische Gemeinschaft - Bildungspolitik - Welternährungsrat - Maghreb-Staaten - Weltbank, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 7, pp. 332-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134834>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europäische Gemeinschaft

Gemeinschaftsforschung am Ende?

Die gemeinsame EG-Forschung ist wieder einmal unter Beschuß geraten. Diesmal von unerwarteter Seite: Die BRD stimmte einer Mittelaufstockung für die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) nicht zu. Die in der Mittelverweigerung zum Ausdruck kommende deutsche Kritik an der EG-Forschung entzündete sich vor allem daran, daß noch immer kein längerfristiges Planungskonzept der Kommission für die GFS vorliegt. Ein solches Programm sollte verhindern, daß es auch weiterhin zu einer Vernetzung in Einzelprojekte ohne adäquate Programmzielsetzung kommt. Die Schuld für die gegenwärtige Misere liegt bei den Mitgliedsländern, die durch Intensivierung nationaler Forschung immer weniger Interesse an der EG-eigenen Forschung zeigten.

Solange die Wirtschaft prosperierte, konnte sich die BRD den Luxus leisten, wenig effiziente Projekte zu fördern, allein weil die Bearbeitung „europäisch“ erfolgte. Mit der deutschen Haushaltsmisere hat jedoch ein allgemeines Umdenken eingesetzt. Dazu trug sicherlich auch der Finanzminister bei, der den Ministerien den Sinn für stärkeres Kosten-Nutzen-Denken schärfte, indem er jetzt die monetären Transfers nach Brüssel den zuständigen Einzelressorts anlastet und nicht mehr über „Allgemeine Finanzverwaltung“ laufen läßt.

Im Falle der Forschungspolitik bleibt abzuwarten, ob die Mittelverweigerung zum Hebel für eine Kosten-Nutzen orientierte Gemeinschaftsforschung oder zum Katalysator des Abbaus der EG-eigenen Forschung wird. Letzteres würde sicherlich zu einer noch stärkeren Kooperation auf bilateraler Ebene führen. kr

Bildungspolitik

Überangebot an Lehrern

Die Kultusministerkonferenz der Länder hat jetzt erstmals genauere Zahlen über die Entwicklung des Angebots und des Bedarfs an Lehrern für 1975 und 1976 vorgelegt. Sie zeigen, daß in beiden Jahren mit einem erheblichen Überangebot zu rechnen ist: 1975 werden etwa 500, 1976 rund 10 700 Grund- und Hauptschullehrer nach Beendigung ihrer Ausbildung keine Anstellung finden. Lediglich an Gymnasien und Berufsschulen werden noch freie Stellen vorhanden sein.

Diese Diskrepanz zwischen Angebot und Bedarf wird sich in den folgenden Jahren sicherlich noch vergrößern. Denn einerseits hat die Zahl der Lehramtskandidaten aufgrund des allgemeinen Anstiegs der Studentenzahlen und der verstärkten Werbung für den Lehrerberuf in den letzten Jahren stark zugenommen, wobei auch die beträchtlichen Besoldungsverbesserungen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben dürften. Zum anderen wird der Bedarf auch deshalb abnehmen, weil aufgrund der seit 1968 stetig sinkenden Geburtenrate die Schülerzahlen zurückgehen werden, so daß die heute noch zu hohen Klassenfrequenzen mit dem vorhandenen Lehrbestand gesenkt werden können. Und drittens läßt auch die in den letzten Jahren erfolgte Senkung des Durchschnittsalters der Lehrer einen geringeren Ersatzbedarf erwarten. Diese Entwicklung, die schon seit einiger Zeit voraussehbar war und auf die in dieser Zeitschrift schon im August 1970 hingewiesen wurde, wird nun noch durch die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte verstärkt, die eine energische Eindämmung der Ausgabenflut im Personalsektor gebietet.

Angesichts der sozialen Härten für die betroffenen arbeitslosen Lehrer kann den verantwortlichen Politikern ebenso wie den Funktionären der Lehrerverbände der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß in der Bildungspolitik statt von — lange Zeit als reaktionär verschrieenen — konkreten Bedarfs-schätzungen zu lange von utopischen Wunschvorstellungen ausgegangen wurde. Es bleibt zu hoffen, daß aus dieser Fehlentwicklung Lehren für die Zukunft gezogen werden. wei

Welternährungsrat

Bestätigte Skepsis

Viel Dynamik und Elan durfte man Ende Juni auf der konstituierenden Sitzung des Welternährungsrates in Rom erwarten. Wie anders hätte man die skeptischen Industrieländer, die seine Gründung auf der zweiten Welternährungskonferenz nur mit unverhohlenem Mißbehagen gebilligt haben, eines Besseren belehren können?

Auf massiven Druck der Entwicklungsländer dürften die Hauptziele des Welternährungsrates auch verwirklicht werden. Die Bereitstellung von 1,6 Mrd. US-\$ Nahrungsmittelhilfe für die am meisten vom Hunger betroffenen Staaten und von mehr als 1 Mrd. US-\$ zur Förderung der Agrarerzeugung und Verbesserung der Lagerhaltung scheint weitgehend gesichert zu sein. Ein Nettovorteil für die Entwicklungsländer ist aber dennoch nicht zu erwarten. Die erforderlichen Mittel dürften anderen

Töpfen der Entwicklungs-, besonders der Agrarhilfe, entnommen werden und zudem teilweise zur Finanzierung eines riesigen Verwaltungsapparates verwandt werden. Da die FAO aber bereits einen solchen Apparat hat, sind Kompetenzschwierigkeiten und Doppelarbeit beinahe unvermeidlich.

Dementsprechend erhoffte sich Bundesminister Ertl in seiner Rom-Erklärung vom Welternährungsrat zwar Impulse zur Verbesserung der Welternährungslage, widmete aber folgerichtig fast die Hälfte seiner Rede der Warnung vor organisatorischen Überschneidungen und einer übermäßigen Bürokratisierung sowie einem Appell zur rationalen Arbeit. Viel mehr als eine Rede aus dem Fenster – wo leider nur wenige Journalisten standen – dürfte es aber nicht gewesen sein. Der Welternährungsrat bleibt zunächst, was er war: das Wunschkind der Entwicklungsländer und der Fehltritt der Industriestaaten. fa

Maghreb-Staaten

Verhandlungen unter Zeitdruck

Die seit Monaten blockierten Verhandlungen um den Abschluß von Assoziierungsabkommen mit den drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien können wieder aufgenommen werden. Dies ist das Ergebnis zweitägiger Diskussionen der EG-Agrarminister in Luxemburg, die von Bundesernährungsminister Ertl als „sehr lang, mühsam und unerfreulich“ bezeichnet wurden.

Daß der Deutsche Josef Ertl seinem Ärger nach der Luxemburger Sitzung Luft machte, ist allzu verständlich. Denn mit den agrarpolitischen Zugeständnissen, die auf Druck der Außenminister wieder einmal an Italien und auch Frankreich gemacht werden mußten, wird das Interventionsdickicht der Brüsseler Agrarmarktordnungen noch undurchdringlicher und kommen neue finanzielle Belastungen auf den Haushalt der Neun zu. Die Schutzmaßnahmen, die den italienischen und französischen Bauern bei Wein, Zitrusfrüchten, Gemüse und Obst zugesagt wurden, sollen verhindern, daß die Nahrungsmittelindustrie der EG preispolitische Nachteile in der Verarbeitung gemeinschaftlicher Erzeugnisse hinnehmen muß, die billiger eingeführt werden könnten.

So verständlich diese Beschlüsse angesichts der bedenklichen innenpolitischen Lage vor allem in Italien sind, so darf doch – unabhängig von den internen agrar- und wirtschaftspolitischen Bedenken – auch nicht übersehen werden, daß hier mit einer Hand ausgeteilte handelspolitische Konzessionen von der anderen Hand wieder genommen werden. Ob die Maghreb-Staaten das von der EG

vorgelegte Angebot in dieser Form akzeptieren bleibt denn auch mehr als fraglich. Die Gemeinschaft jedenfalls steht jetzt unter erheblichem Zeitdruck. Nach dem voreilig abgeschlossenen Israel-Abkommen kann sie sich ein allzu langes Hinauszögern der Verhandlungen mit Algerien, Marokko und Tunesien sowie auch mit den übrigen Mittelmeer-Anrainern nicht mehr leisten. j

Weltbank

Neue Kreditfazilität

Im Mittelpunkt der dritten Tagung des gemeinsamen Entwicklungsausschusses von Währungsfonds und Weltbank in Paris standen Vorschläge zur Bereitstellung weiterer Finanzierungsmittel für die Länder der Dritten Welt. Abgeschlossen wurde diese Tagung mit einer Grundsatzentscheidung zugunsten der Schaffung einer neuen Kreditfazilität der Weltbank, eines sogenannten dritten Schalters (third window), in Höhe von 1 Mrd. US-\$. Die vorgesehenen Bedingungen dieser Kreditfazilität liegen zwischen denen der Kredite der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und denen der Weltbankkredite (Zinssatz: 4,5 %, Laufzeit 25–30 Jahre, Karezzeit: 5–7 Jahre).

Diese neue Kreditfazilität der Weltbank muß als notwendige Ergänzung des bestehenden internationalen Finanzierungsinstrumentariums zugunsten der Dritten Welt gesehen werden, denn hiermit wird das Gefälle im Konditionenniveau der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten bei der Weltbank bzw. ihrer Tochterorganisation IDA abgeschwächt. Der „dritte Schalter“ wird vor allem die Länder der Dritten Welt bedienen können, die weder zu den einkommensschwächsten noch zu den wohlhabendsten zählen. Dies scheint auch von allen Mitgliedern des Entwicklungsausschusses anerkannt worden zu sein.

Dennoch konnte keine Einigung über die Finanzierung des notwendigen Zinssubventionsfonds in Höhe von 225 Mill. US-\$. erzielt werden. Namentlich die wichtigsten Kreditgeber der Weltbank, die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Frankreich und Schweden, zeigten sich sehr zurückhaltend und gaben keine verbindlichen Zusagen. Sie schlugen vielmehr alternative Finanzierungsmöglichkeiten vor, wie z. B. Goldverkäufe durch den Währungsfonds. Offensichtlich haben eigene kurzfristige haushalts- bzw. zahlungsbilanzpolitische Überlegungen Priorität. Die Klüfte zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen dem immer wieder betonten Bereitschaft der Industrieländer, die Dritte Welt zu unterstützen, und den entsprechenden Taten konnte somit auch auf dieser Tagung nicht beseitigt werden. k